

Protestaktion vor Hewlett Packard Zentrale in Böblingen

VertreterInnen zahlreicher Palästina-Solidaritätsinitiativen aus der ganzen Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz sind am Freitag, 31. März 2017, zu einer Protestkundgebung vor dem Eingang von Hewlett-Packard Enterprise (HPE) im Böblinger Industriegebiet Hulb zusammenkommen.



Auch die Bundestagsabgeordnete Annette Groth (Partei Die Linke) beteiligte sich an der Aktion und hielt auf der anschließenden Kundgebung in der Innenstadt eine Rede



Der Protest richtete sich gegen die Menschenrechtsverletzungen des Unternehmens in Palästina und wollte gleichzeitig die Öffentlichkeit, die Mitarbeiter von HP und die Bürger in Böblingen darüber aufklären.

HP stützt die israelische militärische Besatzung mit den Schlüsseltechnologien und den technologischen Infrastrukturen aus, die die Unterdrückung und die Missachtung palästinensischer Rechte ermöglicht. Dazu gehört Technologie, die von HP speziell hergestellt wurde für den Einsatz in den israelischen militärischen Checkpoints und für die ethnische Segregation auf biometrischen Identifikationskarten. Die Bewegungsfreiheit von PalästinenserInnen, die in der Westbank leben, wird durch das von Israel engmaschig angelegte Netz von Checkpoints stark eingeschränkt. Bei jeder alltäglichen Fahrt, zum Beispiel zur Schule, zur Arbeit, zur Universität, zum Krankenhaus müssen diese Checkpoints passiert werden. HP-Technologie dient dazu, PalästinenserInnen entsprechend dem diskriminierenden Rechtssystem zu identifizieren, sie in ihren Bewegungen zu verfolgen und zu kontrollieren. So trägt HP zur Durchsetzung des israelischen Apartheidsystems bei, das Israelis uneingeschränkte Bewegungsfreiheit auf allen Straßen erlaubt und PalästinenserInnen extremen Einschränkungen unterwirft.

Weitere Informationen zur internationalen Kampagne gegen Hewlett Packard auf stophp.de

HP profitiert nicht nur ganz direkt und massiv von der Unterdrückung der PalästinenserInnen. Das Unternehmen versucht vielmehr auch, die in den palästinensischen Autonomiegebieten getesteten Instrumente der Totalüberwachung für andere Bereiche und in andere Länder zu verkaufen. Ein neues Gesetz der israelischen Regierung sieht eine Erweiterung der Überwachungsdatenbank auf israelische Oppositionelle vor, die die BDS-Bewegung unterstützen. Dabei wird die Regierung die Technologie von HP nutzen.

HP stattet auch die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen aus. Das Unternehmen unterhält ein Entwicklungszentrum in der illegalen israelischen Siedlung Beitar Illit in der Westbank. Diese Siedlungen sind illegal, da sie auf geraubtem und annektiertem Boden von PalästinenserInnen errichtet sind. Am 30. März demonstrieren jedes Jahr PalästinenserInnen im ganzen historischen Palästina und außerhalb. Sie erinnern damit an den palästinensischen Protest mit einem Generalstreik im Jahr 1976 gegen israelische Landenteignungen in Galiläa. Der Tag ist ein Symbol für den Widerstand gegen den Landraub an den PalästinenserInnen überhaupt geworden. Außerdem hat HP Datensicherungssysteme für die Siedlung Ariel bereitgestellt. Diese Siedlung wird von HP als „Hauptstadt von Samaria“ bezeichnet, die laut HP mitten in Israel liege. Tatsächlich liegt Ariel im nördlichen Teil der besetzten Westbank, den Israel, entgegen Internationalem Recht, als Samaria bezeichnet.

HP liefert Soft- und Hardware an israelische Gefängnisse, in denen palästinensische politische Gefangene, einschließlich Minderjährige, inhaftiert sind. Gefangene werden in Isolationshaft genommen, ihre Familien erhalten kaum Besuchserlaubnis, ihren AnwältInnen wird oft der Zugang erschwert. Darüber hinaus verhängt Israel gegen PalästinenserInnen in vielen Fällen Administrativhaft, eine Haft ohne Anklage und Gerichtsverfahren. Israel verletzt damit Menschenrechte und das Humanitäre Völkerrecht.

HP stattet außerdem die israelische Marine mit IT-Infrastruktur aus. Die israelische Marine hält u.a. die illegale Blockade des Gazastreifens vom Meer her aufrecht und nimmt regelmäßig palästinensische Fischer unter Beschuss. Israels Blockade des Gaza-Streifens kommt einer kollektiven Bestrafung gegen 2 Millionen PalästinenserInnen gleich, die gegen Artikel 33 der Vierten Genfer Konvention verstößt und eindeutig ein Kriegsverbrechen darstellt. Die Verantwortlichen bei HP kennen die Forderungen palästinensischer Organisationen, jüdischer Oppositioneller und der internationalen Palästinasolidaritätsbewegung, sich aus dem israelischen Apartheid-System zurückzuziehen, genau. Bei der weltweiten Aktionswoche im November 2016 organisierten Initiativen der internationalen **BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen** gegen den Staat Israel) 150 Aktionen in

101 Städten von 30 Ländern. Die Aktionswoche war eine starke Botschaft an HP.

HP hat dies auch bereits zu spüren bekommen. Die Presbyterian Church (USA), United Church of Christ, Quaker Friends Fiduciary Corporation, Mennonite Central Committee, and Unitarian Universalist Association haben bereits ihr Kapital von HP-Finanz abgezogen, da HP in die illegale Besetzung verstrickt ist. Italienische Gewerkschaften fordern ihre Mitglieder auf, keine HP-Produkte mehr zu kaufen, Mitglieder kommunaler Parlamente in Irland verzichten auf HP-Produkte. Das sind einige Beispiele für ein starkes internationales Echo auf die Kritik an HP.

Die BDS-Bewegung folgt mit ihrer Kampagne gegen HP auch der Aufforderung im Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag aus dem Jahr 2004, worin die Mauer um Ostjerusalem und in der Westbank für illegal erklärt wird. Das Urteil beinhaltet die Verpflichtung des Staates Israel, die Apartheidmauer ab zu bauen. In diesem Urteil werden aber auch die Staaten, die die 4. Genfer Konvention anerkennen, ausdrücklich dazu aufgefordert, in keiner Weise die illegale Politik zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass der Staat Israel dieser Verpflichtung nachkommt. HP teilte sich im Jahr 2015 in HP Inc. und Hewlett Packard Enterprise (HPE) auf. Zwei weitere Abspaltungen sind geplant. Diese HP Firmen nutzen gemeinsam logistische Infrastruktur, Konzernführung, Vertriebswege und Technologien, und sie alle profitieren von der lange historisch gewachsenen Marke HP und ihrer engen Verbindung mit dem israelischen Militär und der Besatzung.

Die Forderungen der DemonstrantInnen lauteten:

- 1. Stoppt die Diskriminierung aufgrund ethnischer und religiöser Zugehörigkeit!**
- 2. Rückzug von HP aus Geschäften mit dem israelischen Apartheidsystem!**
- 3. Rückzug von HP von jeglichen Versuchen, die israelische Opposition mit einer speziellen Datenbank für die Überwachung von BDS-UnterstützerInnen oder in anderer Weise zu unterdrücken!**
- 4. Nein zum Export von in Palästina erprobter Unterdrückungstechnologie in andere Länder!**
- 5. Nein zum Sicherheits- und Überwachungswahn hier wie in Palästina!**



Palästina-Komitee Stuttgart
palaestina-komitee-stuttgart.de
de-de.facebook.com/PaKo.Stuttgart